

Institution	Projekt	Summe
Verband der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Anh.-Köthen e. V.	Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an ausgewählten Beispielen regionaler Zeitgeschichte	1.900 DM
Gemeinschaft der politisch Verfolgten der SBZ/DDR	Beratung und Betreuung von Opfern der pol. Verfolgung	1.117 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Recherche zur Medizinische Akademie Magdeburg und MfS Teil 6 Spionageabwehr Teil 7 Konspirative Wohnungen	2.300 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Historisches Dokumentationszentrum – Verbesserung des Fotoarchivs	2.250 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Nachdruck Teil 1 Med. Akademie „Der Operative Vorgang Labor“	2.000 DM
Ökologische Arbeitsgruppe e. V. Halle	Nachdruck der Broschüre „Vom Roten Ochsen geprägt ... (2)“	4.000 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Sicherung der Sonderausstellungen für Verleihzwecke	2.475 DM
Ökologische Arbeitsgruppe e. V. Halle	Sicherung der Samisdat-Schriften „Blattwerk“ (DDR-Ormigabzüge) der Ökol. AG	2.464 DM
Ökologische Arbeitsgruppe e. V. Halle	Die Rolle der SED-Bezirksleitung Halle im Wendejahr 1989	920 DM
Ökologische Arbeitsgruppe e. V. Halle	Nachdruck „Wasser auf die Mühlen“	2.499,24 DM
Grenzdenkmalverein Hörsensleben e. V.	Beteiligung am intern. Workcamp	7.920 DM
Grenzdenkmalverein Hörsensleben e. V.	Anteilige Förderung einer Struktur Anpassungsmaßnahme zur Fortführung der Dokumentation an authentischem Ort (Grenzdenkmal)	624,68 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.	Gedenktafel im ehemaligen Liebfrauenfriedhof in Wernigerode „Gegen das Vergessen – Zum Gedenken der unschuldigen und rechtlosen Opfer stalinistischer Willkürherrschaft 1945–1989“	1.500 DM
Verein Zeitgeschichte(n) e. V. Halle	Stoffentwicklung zur Erstellung eines Drehbuches für eine Filmdokumentation zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt	3.960 DM
Summe		35.929,92 DM
Rest		70,08 DM

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet. Vom Rest wurden 38 DM zum Ausgleich im Titel 685 51 verwendet.

Titel: 685 51 Sonstige Zuschüsse

Haushaltsansatz: 2000: 36.000 DM

Institution	Projekt	Summe
Bund der Stalinistisch Verfolgten LV Sachsen-Anhalt e. V.	Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur	5.000 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Bustagesfahrt mit Opfern der SED-Diktatur zur Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle und Gespräche mit Personen des öffentlichen Lebens	8.000 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Gedenkveranstaltung „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“	10.500 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Förderung der Fahrtkosten für 25 Personen zur Fahrt zum Bundesweiten Kongress der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen für Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen am 12.-14.5. 2000 in Schwerin	750 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus	Beratung und Betreuung, Archiv	4.000 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus und Bund der Stalinistisch Verfolgten	Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur	5.000 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Recherchen zur Arbeit des MfS in den Parteien Niedersachsens am Beispiel der DKP	700 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt	Präsentationswand zum Media-Expo-Projekt	2.088 DM
Summe		36.038 DM

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet. Die 38 DM wurden im Titel 685 11 eingesparrt.

Im Haushalt 1999 wurde ein neuer Titel 685 52 eingestellt und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 DM für die Jahre 2000–2004 vorgesehen.

Die Zusage dieser Summe für den Haushalt 2000 machte es möglich, Zuwendungsbescheide über anteilige Fördersummen für zwei vorliegende Anträge schon im Jahre 1999 auszustellen. Damit wurde eine Förderung durch die Stiftung im Jahre 2000 möglich und die beiden Verbände erhielten für dieses Jahr eine Planungssicherheit.

Titel: 685 52 Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin

Vereinigung	Projekt	Bewilligte Mittel
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Weiterführung des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg	68.531,25 DM
Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle	Zeitzeugenbüro und Bibliothek in Halle	31.468,75 DM
Summe		100.000 DM

Bei beiden Projekten handelt es sich um eine anteilmäßige Förderung.

Der restliche Teil der Kosten der Projekte wurde durch die Stiftung und durch den Eigenanteil der Zuwendungsempfänger erbracht. Im Berichtszeitraum wurden bereits zwei Anträge zur anteilmäßigen Förderung von Projekten durch das Land Sachsen-Anhalt gestellt. Die Zuwendungen wurden seitens der Behörde der Landesbeauftragten und der Stiftung für 2001 bewilligt.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.:

Die gemeinsame Veranstaltung „Die Opfer dürfen nicht vergessen werden“ am 18.11. 2000



Foto: Linowski

Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.:

Reaktionen auf das Erscheinen der Broschüre „Heringsbahn“ von Achim Walther und Joachim Bittner:

Die Heringsbahn: Nachkriegsgeschichte Hötenslebens und Titel eines Buches

Fischgestank im Zug und in den Wartehallen

Von Reinhard Wagner

HÖTENSLEBEN. Zehn Jahre nach dem Fall der innerdeutschen Grenze und 55 Jahre nach dem Kriegsende ist im Rathaus in Hötensleben die Erinnerung an die Heringsbahn geweckt worden. Achim Walther und Joachim Bittner stellten ihr Buch unter dem gleichnamigen Titel vor. Zeitzeugen, aber auch jüngere Menschen, hielten fasziniert zu, was die beiden Autoren aus der Nachkriegszeit zu berichten hatten.

Das Leben ohne Eisenbahn – nach dem Krieg an der Grenze bei Hötensleben undenkbar, obwohl es 1945 nur eine Dampflok und ein Personenzug 92 und drei Personenzüge, Baujahr 1899, gab. Die Grenze war im Sommer grün, im Winter weiß, einzig farbige Holzpflöcke markierten die Zonen, in denen Russen, Briten, Amerikaner und Franzosen regierten.

Hötensleben 1945 bis 1952, das ist die Geschichte einer Völkerwanderung. Bittner und Walther sprachen von Millionen Menschen, die bei Hötensleben die Zonen Grenze in beide Richtungen überschritten haben. Im Buch werden aber auch Ereignisse geschildert, fast immer spielte die Heringsbahn eine Rolle.

Es muss ein schrecklicher Fischgestank in den Wägen, den Wartehallen und an Schaltern gewesen sein, daher der Name Heringsbahn. Die Menschen hatten Lebensmittel, auch Fisch, beschafft oder waren in Familienangelegenheiten unterwegs.

Hötensleben war „der Mittelpunkt des Lechs zum Odra“ stand damals in der Wochenzeitung Die Zeit. Gerda Böhne, von 1946 bis 1951 Jungferlein in Hötensleben, war während der Buchvorstellung unter den Zuhörern im Rathaus. Sie und viele andere haben den Autoren authentische Berichte geliefert. Da der Druck des Buches mit einem Zuschuss aus dem Landesamt für Staatserbe finanziert wurde, wird eine Schutzgebühr von fünf Mark erhoben. Verkauft wird die „Heringsbahn“ in der Sparkasse, Adler-Discounter und im Fahrern Hötensleben, in den Buchhandlungen in Oschersleben und Schöningen und im Kiosk Altvörderer Straße in Offleben.

Zeitzeugin Gerda Böhne (von links), Joachim Bittner, Edda Ahrborg und Achim Walther.

Foto: Hähnsen

Braunschweiger Zeitung vom 22.12. 2000; Foto: Hähnsen

Bericht über das internationale Workcamp am Grenzdenkmal Hötensleben vom 16.7.–5.8. 2000:



Nach der Arbeit tut es eine Massage richtig gut. Fotos: Fischer. Diese Jugendlichen gehören zu der Gruppe, die derzeit in Hötensleben das Grenzdenkmal saniert.

Jugendliche aus aller Herren Länder erleben die Geschichte hautnah

Internationales Workcamp in Hötensleben/Reparaturarbeiten am Grenzdenkmal/Spaß kommt nicht zu kurz

Eine Gruppe von Jugendlichen aus aller Welt arbeitet derzeit in einem internationalen Workcamp in Hötensleben, um das Grenzdenkmal zu reparieren. Die jungen Menschen erkunden dabei auch Land und Leute.

Von Andreas Fischer

Hötensleben. Sie sind dreizehn junge Menschen und kommen aus neun verschiedenen Ländern der Erde: José aus Spanien, Benedicte aus Frankreich, Michael aus den USA und all die anderen arbeiten an der Mauer und erkunden das Land und Leute. Und Leute haben sie genug: „Es ist total cool. Jeden Tag kommen Menschen vorbei. Wir haben einen guten Kontakt zu den Leuten im Dorf“, sagte Andreas Flügel. Der Karlsruher leitet das internationale Workcamp. Bis zum 5. August leben die Jugendlichen in Hötensleben, um am Grenzdenkmal zu arbeiten. „Es geht gut voran. Wir haben den größten Teil schon geschafft“, freute sich Andreas.

Arbeit ist aber nicht alles, was den Aufenthalt der 13 Weltkammer ausmacht. Viel mehr wollen sie das Land und die Leute kennenlernen und Geschichte erleben. Gelegenheit dazu hatten sie zum Bei-



Für die Amerikanerin Michael ist die Mauer ein wichtiges Denkmal.



Der Karlsruher Andreus hat im Lager den Hut auf.



Benedicte aus Frankreich mag Deutschland sehr.



Der Spanier José ist der Spaßvogel im Camp.

spiel bei einem Besuch Berlins, einer Fahrt zur Expo oder beim Ansehen der Magdeburger Stein-Anstellung. Noch viel stärker erleben sie aber die deutsche Geschichte bei ihrer täglichen Arbeit. Für die Amerikanerin Michael aus Cleveland, Ohio ist es beispielweise schwer vorstellbar, wie es während der deutschen Teilung war. „Ich habe schon bevor ich hergekommen bis viel über Deutschland gewusst. Aber

wenn wir hier an der Mauer oder am Wachbunker arbeiten, dann ist es konkret, die Geschichte ist irgendwie nicht zu fassen. Die Mauer hier in Hötensleben ist ein wichtiges Denkmal“, ist die Amerikanerin überzeugt. Auch Benedicte, die in der Nähe von Paris auf das College geht, suchte sich dieses Workcamp wegen der Geschichte aus. „Ich mag die Idee, die Mauer als Denkmal zu erhalten“, sagte die Französin.

die Deutschland sowieso sehr mag. „Ich bin gern hier. Die Deutschen sind herzlich. Die Atmosphäre stimmt einfach“, erklärte Benedicte. Für eine lustrige Atmosphäre im Camp sorgt José. Der Spanier ist ein wahrer Spaßvogel und „will viele neue Leute kennenlernen.“ Mit der Geschichte hat er sich in der Schule sehr gern beschäftigt. Während des Aufenthalts in Berlin haben ihn dann auch die geschichtsvollen Bauwerke am Besten gefallen. „Mir haben der Reichstag und die Gedächtniskirche am besten gefallen.“ Geschichte erleben würde nicht halb so viel Spaß machen, wenn man dabei nicht etwas Spaß haben kann. José spricht zur allgemeinen Erheiterung mit Vorliebe einige deutsche Sprüche und bringt der ganzen Gruppe im abendlichen Unter-richt dafür Spanisch bei. Damit man sich besser versteht.

6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

6.1. Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitation und zu vermögensrechtlichen Fragen

6.1.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes und der freien Berufe in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich die Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung bei Verfahren mit MfS-Bezug. Ausgewählte, anonymisierte Urteile werden der Behörde auf Anfrage zugesandt und dienen der Beratung.

Verfahren mit MfS-Bezug bei den Arbeitsgerichten in Sachsen-Anhalt:

Arbeitsgericht	anhängige Klagen	Erledigungen	Beendigung des AV	Fortbestand des AV
Magdeburg	2	0	0	0
Halle	1	0	0	0
Naumburg	0	0	0	0
Halberstadt	0	0	0	0
Dessau	1	0	0	0
Stendal	0	0	0	0

Berufungen mit MfS-Bezug beim Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt:

	anhängige Berufungen	Erledigungen	Beendigung des AV	Fortbestand des AV
LandesarbeitsG	7	7	1	2

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Oberverwaltungsgericht in Magdeburg 3 Fälle mit, das VG Halle meldete mehrere, das VG Dessau 2 Fälle, das VG Magdeburg bearbeitete keine Fälle mehr.

Freiberufler – „zehn Jahre Wohlverhalten“:

Entscheidung des BGH vom 14. Februar 2000 (AnwZ (B) 12/99): Nach Entzug der Anwaltszulassung wegen Verstößen gegen die Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit ist ein neuer Antrag nach drei Jahren zulässig. Nach insgesamt zehn Jahren unbeanstandeter Tätigkeit als Unternehmensberater kann die Zulassung auch nicht mehr wegen Unwürdigkeit versagt werden.

Generalanzeiger: 2.8. 2000

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. September 2000 (1 BvR 514/97): Die Teilnahme an politischen Strafverfahren (als Richter) steht im konkreten Fall der Tätigkeit als Rechtsanwalt in Sachsen-Anhalt nicht entgegen (der Anwalt wurde zwischenzeitlich ohnehin zugelassen).

Stellungnahme des Ministeriums der Justiz vom 1.2. 2001 hierzu:

Wegen der Überprüfung von Anwaltsberwerberinnen und -bewerbern sowie der Überprüfung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nehme ich auf mein Schreiben zum 6. Tätigkeitsbericht Bezug. Die dort erläuterte Vorgehensweise hat sich nicht geändert [abgedruckt dort S. 18].

In den beiden Verfahren, in denen der Anwaltsgerichtshof des Landes Sachsen-Anhalt die Anträge auf gerichtliche Entscheidung gegen ablehnende Gutachten der Rechtsanwaltskammer Sachsen-Anhalt mit der Begründung zurückgewiesen hatte, dass eine Wiederzulassung als Rechtsanwalt noch nicht in Betracht komme, weil die erforderliche Wohlverhaltenszeit noch nicht abgelaufen sei (I AGH 3/98 und I AGH 4/99), hat der Bundesgerichtshof durch Beschluss vom 14.02.2000 [AnwZ (B) 12/99] und durch Beschluss vom 16.10.2000 [AnwZ (B) 64/99] die Entscheidungen des Anwaltsgerichtshofes aufgehoben. Er hat den Antragstellern und Beschwerdeführern einen Anspruch auf eine erneute Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zugebilligt, nachdem zwischenzeitlich mehr als 10 Jahre seit den zur Last gelegten Handlungen vergangen sind und in beiden Fällen nicht nachgewiesen werden konnte, dass Personen durch diese Handlungen schwer geschädigt worden sind. Im Übrigen hat der Bundesgerichtshof in den genannten Entscheidungen ausgeführt, dass dem Unrechts- und Schuldgehalt der Tätigkeit als IM durch den inzwischen mehrere Jahre dauernden Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft angemessen Rechnung getragen worden ist.

Gleichfalls hat der Bundesgerichtshof in dem Verfahren AnwZ (B) 43/99 durch Beschluss vom 29.05.2000 die Entscheidung des Anwaltsgerichtshofs des Landes Sachsen-Anhalt, mit der der Antrag eines ehemaligen Richters eines I a Strafsenats der ehemaligen DDR auf gerichtliche Feststellung des Anspruchs auf erneute Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zurückgewiesen wurde, mit einer den obigen Ausführungen entsprechenden Begründung aufgehoben. In diesem Fall hat er zudem die Vertretbarkeit der erneuten Zulassung bereits nach einem mehr als 3-jährigem Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft bejaht.

In einer weiteren Angelegenheit bezüglich der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft eines zwischenzeitlich zugelassenen Rechtsanwalts hat das Bundesverfassungsgericht – allerdings nur für diesen speziellen Einzelfall – in dem Verfahren I BvR 514/97 durch Beschluss vom 21.09.2000 entschieden, dass eine zehnjährige Bewährungszeit angesichts der allenfalls

geringen Schuld bei Handlungen, die innerhalb des Systems folgerichtig und der Loyalität gegenüber der sozialistischen Gesetzlichkeit geschuldet waren, unverhältnismäßig sei.

Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesgerichtshof auch zukünftig den Zeitrahmen der Bewährungszeit beibehält.

6.1.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht

Rente (Beitritt zur Zusatzversorgung aus politischen Gründen verweigert):

Das Bundessozialgericht hat am 29. Juni 2000 entschieden (B 4 RA 63/99 R): Eine Versorgungszusage (Altersversorgung der Intelligenz) für einen vergangenen Zeitraum ist ein bindender Verwaltungsakt nach Art. 19 Satz 1 EV. Fehlt ein solcher Verwaltungsakt, ist die Zugehörigkeit zum Versorgungssystem nach den Gegebenheiten der DDR zu bewerten, an die das AAÜG anknüpft. Auf willkürliche Vorgehensweisen in der DDR bei der praktischen Durchführung kommt es nicht an. Damit sind auch Personen, denen zu DDR-Zeiten die Aufnahme in die Zusatzversorgung verwehrt wurde, heute so zu stellen, als seien sie damals aufgenommen worden.

Rückübertragung und Entschädigung – Bodenreformgrundstücke:

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Oktober 2000 (1 BvR 2062/99) darf ein Bodenreformgrundstück mit Bindung an landwirtschaftliche Beschäftigung in Nachzeichnung der damaligen Rechtsverhältnisse ohne Verstoß gegen Art. 14 GG vom zuständigen Land nach § 233 § 11 Abs. 3, § 12 Abs. 2 Nr. 1 Bst. d, Nr. 2 Bst. b und c, Abs. 3 EGBGB herausgefordert werden.

Entscheidung des BGH vom 28. Januar 2000 (V ZR 78/99): Bei schenkweiser Übertragung eines an sich (nach der Regelung vom 22. Juli 1992) an den Fiskus zu übertragenden Grundstücks an einen Dritten ist weder der Schenker (nach § 275 BGB – Unmöglichkeit) noch der Beschenkte (keine analoge Anwendung des § 816 Abs. 1 Satz 2 – Herausgabeanspruch gegen bereicherten Dritten) zur Herausgabe verpflichtet.

Entscheidung des BGH vom 4. Februar 2000 (V ZR 260/98) zur Abwicklung der Bodenreform: Der Fiskus (die Staatskasse) hat einen Auflassungsanspruch und Anspruch auf Herausgabe von Nutzungen. Hier: Nutzungen nur für die Zeit ab 22. Juli 1992 (In-Kraft-Treten des 2. VermRÄndG) und nur, soweit nicht vor Veröffentlichung der Entscheidung des BGH vom 16. Februar 1996 anderweitig verwendet. In diesem Zusammenhang gilt auch Geld als Stückschuld.

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 5. April 2000 (8 C 29/99): Ersatzgrundstück für ein 1987 redlich erworbenes Grundstück im Bereich des VG Cottbus: Die Gemeinde wurde verurteilt zur Neubescheidung über einen Ersatzgrundstück-Übertragungsantrag. Der vorangegangene Bescheid der ARoV stellte lediglich den grundsätzlichen Ersatzgrundstücksanspruch fest. Die mit der Klage vor dem VG angegriffene Entscheidung der Gemeinde berücksichtigte nicht alle nach dem BVerwG einzubeziehenden Grundstücke; damit fehlen die zur Feststellung (es seien keine Grundstücke verfügbar) nötigen Tatsachen, die Gemeinde muss erneut prüfen und entscheiden.

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 5. April 2000 (8 C 22/99): Pflicht zur Übertragung eines Ersatzgrundstücks, wenn das nach Flucht entzogene Grundstück redlich erworben wurde: Vermögensamt wurde verurteilt, den Klägern einen Bescheid über den grundsätzlichen Anspruch auf ein Ersatzgrundstück zu erteilen; die Übertragung des Grundstücks hänge aber von den Möglichkeiten der betreffenden Gemeinde ab, Grundstücke zur Verfügung zu stellen, wobei die Gemeinde die Grundstücke bei Knappheit an nach rechtmäßigen Kriterien ausgewählte Antragssteller übertragen dürfe. Dieses Urteil des VG Potsdam wurde vom BVerwG bestätigt. Dabei erläuterte das BVerwG, dass als Gemeindegrundstücke alle für die kommunale Aufgaben nicht benötigten Grundstücke einschließlich der im Eigentum von Wohnungsbaugesellschaften oder sonstigen gemeindlichen Kapitalgesellschaften stehenden (auch vermietete) zur Verfügung stehen. Parallelentscheidung: 8 C 29/99; beide Entscheidungen sind durch das VermRErgG vom 15.9.2000 – Streichung des § 9 VermG – hinfällig geworden (siehe Abschnitt 1.1.2.4.).

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Mai 2000 (8 C 16/99) zur Enteignung eines Grundstücks 1948, nachdem der Eigentümer (Vater des späteren Beigeladenen) 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und 1947 hingerichtet wurde: Das Grundstück wurde dem Vater des späteren Klägers als Bodenreformland 1948 übertragen. Beklagter war das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (in Brandenburg). Dieses übertrug zunächst das Grundstück nach Vorlage der Rehabilitierung des früheren Eigentümers durch des Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation – Militärstaatsanwaltschaft – an den Beigeladenen zurück. Die Klage wurde durch das VG Potsdam abgewiesen mit dem Hinweis, dass a) die Rehabilitierung sich auch auf vermögensrechtliche Fragen beziehe, b) mangels rechtsgeschäftlichen Erwerbs (Bodenreform-Zuteilung) ein gutgläubiger Erwerb nicht möglich gewesen sei, c) Bodenreformland ohnehin nicht vererbbar gewesen sei, so dass der Sohn des von der Bodenreform Begünstigten gar nicht klagebefugt sei. Das BVerwG verwies den Fall zur weiteren Tatsachenfeststellung an das VG zurück:

Auch Bodenreformland sei vererblich, also bestehe die Klagebefugnis des Sohnes; der redliche Erwerb sei auch bei der vorliegenden Konstellation möglich, zur Frage der Redlichkeit lagen aber keine Tatsachenfeststellungen vor; allerdings umfasse die russische Rehabilitierung hier tatsächlich auch die Enteignung des Grundstücks, es liegt eine „andere Bestimmung“ i. S. d. § 1 Abs. 7 VermG vor. Redlicher Erwerb sei weiterhin zu prüfen.

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. Juni 2000 (7 B 26/00): Die nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises zu erschütternde Vermutung, dass die Veräußerung eines Grundstücks ... im Zusammenhang mit der Ausreise aus der DDR auf unlautere Machenschaften zurückzuführen ist, greift auch bei Verkauf des Vermögenswerts vor Stellung des Ausreiseantrags.

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (Fall aus Sachsen-Anhalt) vom 18. Oktober 2000 (8 C 23/99): Der Eigentümer einer Münzsammlung ist Berechtigter im Sinne des Vermögensgesetzes; Zurückverweisung an das VG wegen der Höhe der Entschädigung.

Persönlichkeitsrecht:

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 1999 (1 BvR 1611/99): Der Rechtsanwalt G., Fraktionsvorsitzender der PDS, wollte die Publikation seiner Berufungsbegründung im Havemann-Prozess durch den Ch. Links Verlag gerichtlich untersagen lassen. Die Verfassungsbeschwerde gegen das abweisende Urteil des Hanseatischen OLG (Urheberrecht trete hinter Bedürfnis nach Informationsvermittlung zurück) wurde mangels Aussicht auf Erfolg nicht zur Entscheidung angenommen. Insbesondere hätte Herr G. nach Zurückweisung des Antrags auf einstweilige Verfügung noch ein Hauptsacheverfahren durchführen müssen. Zudem war bei Antragstellung das Buch schon fünf Monate auf dem Markt und „abverkauft“, eine Neuauflage war nicht in Sicht. Aber auch in der Sache war die Interessenabwägung der befassten Gerichte nicht zu beanstanden.

6.1.3. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Abgeordneten, des Öffentlichen Dienstes und der freien Berufe im übrigen Bundesgebiet

Ehemalige MfS-Mitarbeiter als Volksvertreter:

Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Thüringen vom 25. Mai 2000 (2/99, 4/99): § 8 des Thür. Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes verstößt gegen Art. 52, 53 und 83 ThürVerf. Die Wählbarkeit wird durch frühere MfS-Mitarbeit ebenfalls nicht berührt.

Weiterbeschäftigung ehemaliger MfS-Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst:

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (Fall aus Hamburg!) vom 6. April 2000 (2 C 2/99): Bewusstes und finales Unterstützen der Organisation genügt für Tätigkeit „für“ das MfS.

Nach Mitteilung der FAZ vom 14. Februar 2000 haben in den neuen Bundesländern einschließlich Berlins 12.100 **Polizisten** hauptamtlich oder als IM für das MfS gearbeitet. 4.800 wurden nach Einzelfallprüfung entlassen, 7.300 blieben im öffentlichen Dienst. Im Einzelnen:

Land	MfS-Tätigkeit	Beendete Arbeitsverhältnisse	Quote
Berlin	1.168	883	76 %
Brandenburg	1.863	500	27 %
Mecklenburg-Vorpommern	1.732	755	44 %
Sachsen-Anhalt	2.515	793	32 %
Sachsen	3.275	1.193	36 %
Thüringen	1.611	739	46 %

(Die Quote ist selbst berechnet. Zum gesamten Landesdienst in Sachsen-Anhalt siehe Abschnitt 2.1.3.)

Freiberufler – „zehn Jahre Wohlverhalten“:

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. September 2000 (1 BvR 2069/98): Die Teilnahme an politischen Strafverfahren (als Staatsanwältin) steht im konkreten Fall der Tätigkeit als Rechtsanwältin in Sachsen nicht entgegen.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. September 2000 (1 BvR 661/96): Die Teilnahme an politischen Strafverfahren (als Richterin) steht im konkreten Fall der Tätigkeit als Notarin in Sachsen nicht entgegen.

6.2. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

6.2.1. Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung politisch motivierter und unter Missbrauch politischer Macht begangener Straftaten in der ehemaligen DDR

Eigentlich sollte durch die Strafverfolgung der Rechtsfriede wiederhergestellt werden. Die mit Ablauf des 2. Oktober 2000 eingetretene Verjährung fast aller Straftaten (z. B. Rechtsbeugung), die milde Rechtsprechung (keine Verurteilung wegen Rechtsbeugung bei Urteilen wegen Republikflucht) ist insbesondere deshalb für die Opfer ärgerlich, weil – häufig infolge der

fehlenden Unterlagen – die Rehabilitierungen nur langsam vor sich gehen. Diese sind übrigens dadurch beschränkt, dass die Antragstellung bis einschließlich 31.12. 2006 (durch den Rentenversicherungsträger) erfolgen muss. (Die BfA hat zugesichert, bis dahin alle Rentenverläufe – auch der noch Erwerbstätigen – auf Rehabilitierungsmöglichkeiten zu überprüfen).

Zur Ermittlungstätigkeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Magdeburg wurde der Landesbeauftragten folgende Zusammenstellung übermittelt:

1. Zu den Geschäftszahlen:

	2000	seit 1991 insgesamt
Eingänge:	13	6.540
Erledigungen:	81	
davon Anklagen:	15	
Strafbefehlsanträge:	0	
Bestand: 31.12. 2000:	0	

Aufgliederung der Eingänge und des Bestandes:

	2000	seit 1991 insgesamt	Bestand 31.12. 2000
Rechtsbeugung	6	4.728	0
Freiheitsberaubung	1	504	0
Tötungsdelikte, vers. Totschlag	0	86	0
Körperverletzung	2	368	0
politische Verdächtigung	2	238	0
Kindesentziehung	0	33	0
Sonstige	2	583	0
	13	6.540	0

Anhängig sind lediglich noch 4 UJs-Verfahren, die in der Zählkartenstatistik nicht erfasst werden.

2. Während der Zeit ihres Bestehens hat die Schwerpunktabteilung insgesamt 64 Anklagen erhoben.

In 15 Fällen sind Strafbefehlsanträge gestellt worden.

Von den 64 Anklagen betrafen 37 Anklagen den Vorwurf des Totschlags im Zusammenhang mit Vorgängen an der innerdeutschen Grenze.

11 Anklagen sind wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung erhoben worden.

6 Anklagen betrafen den Vorwurf der Körperverletzung im Zusammenhang mit Vollziehung freiheitsentziehender Maßnahmen (Strafvollzug, Untersuchungshaftvollzug).

Die übrigen Anklagen sind wegen des Vorwurfes des Menschenraubs, Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit Entnahme von Devisen aus Postsendungen, illegaler Telefonüberwachung, politischer Verdächtigungen sowie des Vorwurfs der Erpressung im Zusammenhang mit dem Verkauf von Grundstücken Ausreisewilliger erhoben worden.

Während der gesamten Tätigkeit der Schwerpunktabteilung hat es lediglich eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren wegen Mordes im Zusammenhang mit dem Schusswaffengebrauch an der innerdeutschen Grenze gegeben.

Weiterhin ist im Jahre 2000 noch eine nicht rechtskräftige Verurteilung wegen Mordes zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe erfolgt, gegen die der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Angeklagten Revision eingelegt haben.

Darüber hinaus ist es wegen des Vorwurfs des Totschlags im Zusammenhang mit Vorgängen an der innerdeutschen Grenze lediglich zu Verurteilungen zu Freiheitsstrafen zur Bewährung gekommen, wobei insgesamt 35 Personen von diesen Verurteilungen betroffen sind. Derzeit sind lediglich noch 2 Anklagen wegen Totschlags beim Landgericht Magdeburg anhängig.

Wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung sind insgesamt 6 frühere Richter und Staatsanwälte zu Freiheitsstrafen zur Bewährung verurteilt worden.

In den hier wegen des Vorwurfs der Körperverletzung im Zusammenhang mit der Verabreichung von Dopingmitteln an Sportler in den Sportvereinen SC Magdeburg und Chemie Halle eingeleiteten Ermittlungsverfahren ist bei 15 Beschuldigten eine Einstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Geldbußen in Höhe von 2.000,00 bis 8.000,00 DM erfolgt.

Bei der Schwerpunktabteilung sind sämtliche Ermittlungsverfahren gegen bekannte Täter vor dem Eintritt der Verjährung am 03.10.2000 abgeschlossen worden.

Hier sind lediglich noch 4 Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter anhängig, in denen dem Vorwurf nachgegangen wird, beim Einsatz von politischen Häftlingen in den Chemiekombinaten Bitterfeld, Buna und Leuna seien bewusst Arbeitsschutzbestimmungen verletzt und dadurch der Tod von politischen Gefangenen infolge der schlechten Arbeitsbedingungen in Kauf genommen worden. Bei diesen Ermittlungsverfahren ist abzu-sehen, dass eine Anklageerhebung nicht in Betracht kommt.

6.2.2. Verfahren an den Landgerichten in Sachsen-Anhalt (im Einzelnen)

6.2.2.1. Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer des LG MD (**21 Ks 20/97**)

Urteil vom 30. Juni 2000:

Der jetzt 57-jährige Angeklagte war im Jahr 1976 Unteroffizier der Grenztruppen. In der Zeit vom 10. Juni, 23.00 Uhr bis 11. Juni, 0.30 Uhr kam es zu einem Grenzzwischenfall, bei dem ein Westdeutscher (O.) mit zwei Schüssen so schwer verletzt wurde, dass er starb. Die Schüsse wurden vom Angeklagten abgegeben, der sich zu diesem Zeitpunkt in Begleitung eines weiteren Grenzsoldaten als Grenzaufklärer unterwegs befand (Grenzaufklärer patrouillierten „feindseitig“ vor dem Minengürtel).

O. war bereits achtmal als „Grenzverletzer“ aufgefallen. Dabei hatte er sich tagsüber direkt an den westseitig aufgestellten Zaun – Territorium der DDR – begeben und „Hallo, hier bin ich!“ usw. gerufen. Dies war in allen Fällen tagsüber geschehen. Im Nachgang zum Fall Gartenschläger galt mindestens ab dem 14. Juni 1976 der „Geheimbefehl“, dass auf Grenzverletzer ohne Warnung zu schießen sei.

O. hatte in der Nacht des 6. März 1967 eine Verpflichtungserklärung für das MfS unterschrieben und Verhaltensanweisungen bekommen, eine Deckadresse in Wernigerode, zu der er z. B. eine Verlobungskarte schicken sollte, wenn er einen „Treff“ nicht wahrnehmen konnte, und Anweisungen, wie er die „Treffe“ aufsuchen sollte: an einem festgelegten Ort sollte er zu im Voraus festgelegten Zeiten bis an den Gitterzaun kommen und dort husten. Dort würden ihn Mitarbeiter des MfS (nach dem Plan: 5) in Empfang nehmen und über die Grenze „schleusen“.

Die Frage, ob der Angeklagte heimtückisch gehandelt habe, war für den Ausgang des Verfahrens entscheidend und wurde im Ergebnis bejaht. Der Angeklagte wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes verurteilt. Sowohl der Angeklagte als auch die Staatsanwaltschaft haben zu Gunsten des Angeklagten Revision eingelegt.

6.2.2.2. Hauptverhandlung wegen Totschlags im Kontrollstreifen vor der 2. Strafkammer (Schwurgericht) des LG Stendal (**502 Ks 21/95**)

Der Angeklagte und der später Getötete waren am Abend des 18. August 1966 mit mehreren Soldaten ausgegangen. Auf Frage sagte der Angeklagte zu, beim Verlassen der DDR mitzukommen. Als der später Getötete auf dem 6-Meter-Kontrollstreifen angelangt war, schossen sowohl er als auch der Angeklagte (dieser zuerst). Beide waren, ohne dies voneinander zu wissen, für die „Abwehr“ tätig. Nach dem Vorfall wurde der Angeklagte

u. a. hauptamtlicher Ermittler für das MfS im Grenzgebiet. Er wurde nun wegen Mordes unter Berücksichtigung einer Strafmilderung zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren (also ohne Bewährung) verurteilt. (Verfahren im 6. Tätigkeitsbericht dargestellt, Urteil erst nach Redaktionsschluss.)

6.2.2.3. Zwei weitere Verfahren vor dem Landgericht Stendal

- am 19. Mai 2000 (502 Ks - 654 Js 10240/99 - 6/99) wurde ein Oberst der Grenztruppen zu einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde; Verurteilung nach §§ 212 Abs. 1, 213 wegen Organisation und Koordination der Grenzsicherung im Jahr 1966.
- am 24. Mai 2000 (502 Ks - 654 Js 52477/97 - 2/98) wurde ein Oberst der Grenztruppen zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde; Verurteilung nach §§ 212 Abs. 1, 213, 223 wegen Organisation und Koordination der Grenzsicherung in der ersten Jahreshälfte 1973.

6.2.3. Verfahren im übrigen Bundesgebiet

Mauerschützen- und Politbüroprozesse:

Übersicht: Von 34 Verfahren gegen Ex-DDR-Grenzer im Jahr 2000 wegen der Todesschüsse und der Minenverlegung führten zwei zu Haftstrafen, alle anderen höchstens zu Freiheitsstrafen, ausgesetzt zur Bewährung.

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Januar 2000 (2 BvQ 60/99 und 2 BvR 2414/99): Die Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des BGH (5 StR 632/98 – Politbüro-Prozess, siehe 6. Tätigkeitsbericht) wurde nicht zur Entscheidung angenommen.

Die betreffenden Aktenzeichen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte lauten: 34044/96, 35532/97, 37201/97, 44801/98.

Entscheidung des LG Berlin vom 7. Juli 2000 (Az. (532) 25 Js 4/94 Ks (9/96) – Häber, Böhme (Halle), Lorenz): Freispruch wegen vier Mauertoten 1984–1989 (durch die Staatsanwaltschaft wurde Revision eingelegt). Anklage wegen Unterlassens, in den Urteilsgründen: Darstellung, warum § 27 Grenzgesetz keine Rechtfertigung für den Schusswaffeneinsatz darstellt, aber bei den Angeklagten die Kausalität zwischen Unterlassen und Erfolgseintritt (vier Tötungen) fehlt.

Doping:

Entscheidung des BGH vom 9. Februar 2000 (5 StR 451/99) zum Doping von neun Schwimmerinnen des SC Dynamo Berlin zwischen 1975 und

1984: Verjährung hat in der DDR aufgrund eines quasigesetzlichen Verfolgungshindernisses geruht.

Entscheidung des LG Berlin vom 18. Juli 2000 (Az. (538) 28 Js 14/98 Kls (23/99) – „Unterstützende Mittel“ im DDR-Sport; Verfahren gegen Ewald und Höppner; Zeuginnen auch aus Sachsen-Anhalt: 2 SC Chemie Halle, 3 SC Magdeburg): Die Struktur des Sportmedizinischen Dienstes und der Leistungssportkommission wurde dargestellt.

Ärztliche Fehlbehandlung:

Entscheidung des LG Berlin im Fall Böttger vom 22. September 2000 (510 Ks 7/99): Böttger (ehemaliger Oberst des MfS, promovierte über „Optimierung der Zersetzung von Regimegegnern“) wurde entsprechend den insoweit übereinstimmenden Plädoyers des Staatsanwalts und des Verteidigers (Frank Osterloh, siehe unter 1.1.3.) freigesprochen. Die (schriftlichen) Beweise haben nach Vernichtung der Patientenakten nicht ausgereicht, so dass im Ergebnis die Aussage der Verletzten gegen die des Angeklagten stand. Auffällig war die Ablösung des seit 1995 mit dem Fall befassten Staatsanwalts Bath drei Tage vor Beginn der Hauptverhandlung.

6.2.4. Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft und der ZERV

Beide Behörden wurden mittlerweile anderen Stellen zugeordnet und verloren damit ihre Selbständigkeit. Die Aktenbestände der *Zentralstelle zur Unterstützung der historischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts*, die vom nun pensionierten Generalstaatsanwalt Christoph Schaefgen, ehemals Leiter der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin, geleitet wurde, befinden sich – einschließlich der Akten der früheren Zentralen Beweis-mittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (fast vollständig) – bei der Staatsanwaltschaft Berlin im Bestand der ehemaligen StA II. Zuständig für die betreffenden Dezernate 25, 26 und 27 ist Oberstaatsanwalt Jahntz, der auch für Anträge auf Akteneinsicht zu Forschungszwecken zuständig wäre.

Anschrift:

Der Generalstaatsanwalt,
Dezernate 25, 26 und 27 (OStA Jahntz),
Elßholzstraße 30–33,
10781 Berlin,
Telefonnummer (030) 90 15-27 00.

Die ZERV wurde nunmehr in den neuen Ländern als eigene Abteilung dem jeweiligen Landeskriminalamt eingegliedert. Wegen unverjährter Straftaten wird dort weiterermittelt.